

# Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 5+6/2025

Wie hältst du's mit  
der Kirche?

Dr. Michael Franz > 12

Rückblick auf die  
55. EAK-Bundes-  
tagung in  
Hannover > 14

Zur Zukunft des ÖRR – Qualität,  
Vielfalt und Integration

Roland Schatz > 3





## Liebe Leserin, lieber Leser,

nun haben wir – nach den **Wahlen zum Deutschen Bundestag** und intensiven Koalitionsverhandlungen – eine neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD mit unserem neuen **Bundeskanzler Friedrich Merz**. Herzlichen Glückwunsch, viel Erfolg und Gottes Segen für Friedrich Merz für seine neue Aufgabe!

Persönlich freue ich mich sehr, dass mir die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis Düren erneut deutlich Ihr Vertrauen ausgesprochen haben und ich für weitere vier Jahre Verantwortung für unser Land übernehmen kann. Blickt man auf die Zusammensetzung des neuen Deutschen Bundestages, so wird deutlich, warum der Weg zur neuen Regierungsbildung so schwierig war: Auch wenn die gestiegene Wahlbeteiligung positiv zu bewerten ist, hat das Wählervotum zu einer weiteren Fragmentierung der Parteienlandschaft geführt: Rechnet man das (nicht parlamentswirksam gewordene) „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) dazu, dann haben erschreckende 34,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler radikale rechte oder linke Ränder gewählt. Zusammen mit dem weit unter unseren Möglichkeiten bleibenden Unionsergebnis von 28,5 Prozent und den enormen Verlusten der Ampelparteien, insbesondere von SPD und FDP, die ihren Einzug in den Bundestag zum zweiten Male in der Geschichte nicht geschafft hat, wird deutlich, wie wichtig es in dieser Legislaturperiode sein wird, **neues Vertrauen in der breiten Mitte unserer Gesellschaft** zurückzugewinnen.

In Krisenzeiten wie den unseren ist konstruktives Verhalten gerade von Parlamentariern der demokratischen Mitte nötig. Wir müssen jetzt – und zwar nicht nur als Regierungskoalition, sondern allesamt als demokratische Parteien der Mitte – selbstkritisch erkennen, dass die unfassbaren Erfolge der radikalen politischen Ränder ihren Grund vor allem in der **Enttäuschung vieler Bürger über das Fehlen einer vernünftigen und konsensualen Politik mit Maß und Mitte** haben. Indem der **nötige Politikwechsel** vorangebracht und der vielfältige Reformstau mit sachlich begründeten Kompromissen beendet wird, kann in den nächsten Jahren die notwendige politische Vertrauens- und Glaubwürdigkeit bei der breiten Mitte der Gesellschaft wiedererlangt werden. So könnte der **Spuk der radikalen und**

**populistischen Gefährder unserer Demokratie** wieder verschwinden.

Wir blicken auf eine erfolgreiche **55. EAK-Bundestagung** und einen bewegenden 39. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover zurück. Wir haben in einem großen Festakt **Alt-Bundespräsident Joachim Gauck** die höchste Auszeichnung des Evangelischen Arbeitskreises, die „**Hermann-Ehlers-Medaille**“, verliehen und dabei eine fulminante und großartige, ja historische Rede von ihm gehört. Wir hatten einen großen und prominent besuchten **Kirchentagsempfang mit über 500 Gästen**. Wir waren mit unserem **Gemeinschaftsstand von EAK sowie CDU und CSU auf dem „Markt der Möglichkeiten“** auf dem Kirchentag vertreten und stellten uns den vielen intensiven und spannenden Gesprächen der Besucherinnen und Besucher.

Sehr dankbar bin ich dafür, dass ich auf der zurückliegenden Bundesdelegiertenkonferenz mit großer Mehrheit zum **EAK-Bundesvorsitzenden** wiedergewählt worden bin. Dieses Vertrauen ist mir große Verpflichtung und Motivation – zusammen mit den Mitgliedern des neu gewählten EAK-Bundesvorstandes, dem gesamten EAK auch in den Ländern und nicht zuletzt mit Ihnen allen zusammen, liebe Leserinnen und Leser, auch in den nächsten Jahren **das C, innerhalb wie außerhalb unserer Partei, politisch weiter zu stärken**. Wir wollen das deutlich machen, was **Hermann Ehlers**, unser EAK-Gründervater, einmal so treffend formuliert hatte: „Der Christ muss lernen, dass er seine Stellung nicht aus Einzelbedenken heraus einnimmt, sondern dass er sich bemüht, das Ganze zu sehen! Weil er nur dann, zu einer rechten Entscheidung über das Mögliche und Tragbare gelangen kann.“

Gottes Segen!  
Ihr

**Thomas Rachel** MdB  
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# Zur Zukunft des ÖRR – Qualität, Vielfalt und Integration

Fünf Schritte, damit die Öffentlich-Rechtlichen schon 2025 wieder ihre Funktionsaufträge erfüllen

*Roland Schatz*

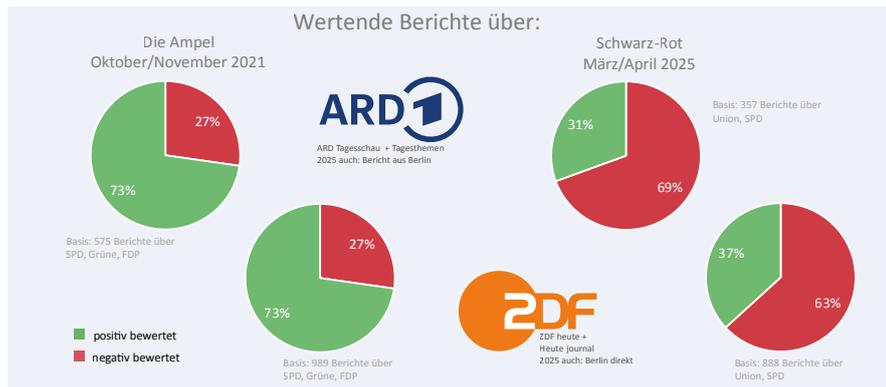
Joachim Gauck hat uns in Hannover anlässlich der Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“ des EAK an die Weisheit erinnert: „Wir sind nicht übermütig, wenn wir als Gelingen glauben“. 1981, also acht Jahre vor dem Fall der Mauer und dem damit verbundenen besseren Kennenlernen der Geisteshaltung unseres Bundespräsidenten, konnte ich meinen ersten Evangelischen Kirchentag in Hamburg genießen: Das Motto lautete: „Fürchte Dich nicht“. In diesem Geist sind die folgenden neun Seiten zu verstehen. **Denn wer unter Informations-Qualität vor allem Vielfalt und Integration versteht, bekommt dies seit Jahrzehnten nicht mehr von ARD und ZDF geleistet.** Damit dies in Zeiten zunehmender Komplexität wieder gelingen kann, werden am Ende fünf Vorschläge gemacht, zu deren Umsetzung insbesondere die Abgeordneten des deutschen Bundestages sowie die Chefs der 16 Staatskanzleien herausragend qualifiziert sind.

Die Bundestagswahl 2025 sowie die tendenziöse Berichterstattung während und nach den Koalitionsverhandlungen zu Schwarz-Rot sowie als ultimativen Tiefpunkt die an Schadensfreude reichende Vermittlung der Kanzlerwahl am 06.05.2025 hat beim Publikum Erinnerungen an 2021 ausgelöst: Bekam das Wahlvolk die Informations-Qualität geboten, die notwendig ist, um unabhängige Urteile fällen zu können? Monatelanges Wiederholen gleicher Bilder des lachenden Laschet schienen den gleichen Regisseur zu haben wie 2002, wo der zum Deichgrafen mutierte Gerhard Schröder die längst verlorengeliebte Wahl

noch einmal drehen konnte. Der Gesetzgeber hat den öffentlich-rechtlichen Sendern neben den Auflagen zur Vielfalt und Konvergenz vor allem das Integrative ins Pflichtenheft geschrieben. Nicht nur die Nachricht-Auswahl, sondern auch die Art und Weise, WIE „berichtet“ wird, habe eine dienende Funktion zu erfüllen: das Publikum wieder an das Gemeinsame zu erinnern und nicht etwas Trennendes noch ohne Not herauszuheben. Aber schon während der Schlussphase der Bundestagswahl 2025 hatten nicht wenige Beitragszahler von ARD, DLR und ZDF ein Déjà-vu Erlebnis, das in der komplexen Zeit der Regierungsbildung 2025 auf die Spitze getrieben wurde: **Maybrit Illner, Sandra Maischberger, Caren Mioska oder die ZDF-Heute-Journal Präsentatorin Marietta Slomka agierten in einer Weise, als seien es Journalisten, die darüber zu entscheiden haben, wie mit der Schuldenbremse umzugehen ist, welche Waffensysteme von wem und wie einzusetzen sind und wer, wann, wem den Vorwurf der Lüge machen darf. Und sie agierten gemeinsam mit ihren anderen Team-Mitgliedern auf eine Weise, die nur ein Urteil zuließ: Merz darf nicht Kanzler werden!**

Hier die Daten der umfassenden Analyse aller wertenden Beiträge in Heute und Heute-Journal bzw. aller Tagesschau und Tagesthemen Sendungen, die einerseits 2021 während der Bildung der Ampel ausgestrahlt wurden und nun während der zurückliegenden Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD in diesem Jahr:

## ARD und ZDF-TV-Nachrichten gehen mit Schwarz-Rot deutlich kritischer um als 2021 mit der Ampel



Die von der Verfassung den Journalisten eingeräumte Sonderfunktion wurde allein zur Erfüllung einer Aufgabe gewährleistet: präzise und ohne Parteiliebe den Steuerzahlern belastbare Informationen zu bieten. Nur im Vertrauen darauf, dass diese so geförderten journalistischen Formate auch tatsächlich umfassend korrekte Informationen liefern, kann der Souverän sich das eigene Urteil bilden, auf das die repräsentative Demokratie angewiesen ist, um nicht einfach nur reflexartig dem in dieser Gestalt vom Sender medial Vorbereiteten und Vorgespurten folgen zu müssen.

**Die wissenschaftliche Langzeitanalyse der öffentlichen rechtlichen Medien legt Diskrepanzen in der Vermittlung nahezu aller gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Themen offen.** So wurde in der entscheidenden Schlussphase der letzten Bundestagswahl nicht nur parteiisch über ausgewählte Demonstrationen gegen einen Gesetzesvorschlag zur Immigration berichtet. Medien-Wirkungsforschern drängt sich dabei der Verdacht auf, dass insbesondere ARD und ZDF keinen geringen Anteil daran hatten, dass es überhaupt erst zu diesen Demonstrationen kommen konnte, weil sie vor allem eine Seite der Wahrheit mit Verve präsentierten – wie schon Anfang 2024 im Zusammenhang der Correctiv-Berichterstattung. Die Intensität als auch die Form, mit der über die dann folgenden Demonstrationen im Sinne der Self-Fulfilling Prophecy berichtet wurde, führen dazu, dass Ursache-Wirkung Phänomen auch hier juristisch untersuchen zu lassen.

**Wenig bis nichts erfuh man darüber, dass diese Veranstaltungen offenbar von politisch interessierter Seite orchestriert worden waren. Ähnlich mager waren die Informationen darüber, dass nach ARD-Umfragen zwei Drittel der Deutschen genau dieses Gesetz inhaltlich voll umfänglich unterstützten und immer noch unterstützen. Selbst 53 Prozent der SPD-Anhänger sahen sich im Gesetzes-Vorhaben der Union gespiegelt – doch bei ARD, DLR und ZDF wurden solche Informationen präferiert und solche Interviewpartner gewählt, die den gegenteiligen Eindruck vermittelten. Fokussiert wurde allein auf das Abstimmungsverhalten der AfD – dass FDP, Grüne und SPD ihrerseits ausreichend MdBs hatten, die dem Gesetzesvorschlag der Union die ausreichende Mehrheit gesichert und damit dem Zweidrittelmehr der Bevölkerung entsprochen hätten, wurde ausgeblendet.** Es fehlten zudem Interviews mit diesen Parteien, warum diese, die schon lange immer wieder gemeinsam mit AfD stimmen, wenn es ihnen in ihre Politik-Vorstellungen passt, sich nun so inszenierten, als sei das „Tor zur Hölle“ (Rolf Mützenich, SPD) geöffnet worden, als deren Messdiener ihre Parteifreundinnen und -freunde schon lange auf kommunaler und Landesebene zu beobachten sind.

Das gemeinsame Abstimmen der Parteien der Mitte hätte nicht nur der Grundidee dieser repräsentativen Demokratie entsprochen, im Geist der Opfer und ihrer Angehörigen hätte der Bundestag ein Zeichen setzen können, dass in relevanten Fragen Volksvertreter ihre parteipolitischen Sonder-Interessen hintanstellen können. Könnte es sein, dass diese seltsame Berichterstattung vom Ende Januar erst das Abstimmungsverhalten der 18 vom 6. Mai 2025 bewirtschaftete?

Dass eine Mandatsträgerin der Grünen vor laufender Kamera mitten im Wahlkampf verkündete: „Die Unschuldsvermutung mag vor Gericht gelten – bei uns nicht“ – und mit dieser Haltung einen missliebigen grünen Bundestagskandidaten um sein sicheres Mandat

gebracht wurde, war den ÖRR allenfalls nur eine Randnotiz wert. Der rbb, der diese gravierende Intrigue durch unprofessionelle und fahrlässige Berichterstattung erst wirksam gemacht hatte, wurde erfolgreich wegen Verleumdung juristisch angegangen und beginnt Konsequenzen zu verkünden. Welchen Dienst leistet der ÖRR, wenn er mitten in den Koalitionsverhandlungen wiederholt die Grünen ihren „Lügen-Vorwurf“ gegen den neuen Bundeskanzler zur besten Sendezeit puscht, um dann ihr wiederlangtes Vertrauen innert 24 Stunden glaubt feiern zu müssen – weil nun nicht mehr 50, sondern 100 Milliarden potentiell im Gesetzes-Text zu lesen sind? Nicht wenigen Beitragszahlern kommen da eher die 30 Silberlinge in den Sinn. Sandra Maischberger trieb es in ihrer Sendung mit der Grünen Fraktionsvorsitzenden Dröge und dem zukünftigen Fraktionsvorsitzenden Spahn auf die Spitze, als sie nicht allein der Grünen mehr als doppelt so viel Sendezeit einräumte als Spahn, sondern sich derart auf die Seite der Grünen schlug, wie dies das Publikum sonst eher von Mioska und Illner kennt, als diese noch glaubten, einem Wirtschaftsminister Habeck huldigen zu müssen, anstatt als Journalistinnen ihr Amt auszufüllen.

Der nicht zum rechten Lager zählende SPIEGEL berichtet im Kontext um die Vorgänge des Journalisten Hupert Seidel über den NDR, innerhalb der ARD-Familie für die Hauptnachrichten-Formate Tagesschau/Tagesthemen verantwortlich: „In einer internen Untersuchung kam der Sender zu dem Schluss, Seidel sei „zugänglich für Bestechung durch Nähe“ gewesen und habe durch seinen exklusiven Zugang zu Putin die journalistische Distanz verloren. In seinen Filmen und Interviews habe Seidel Positionen Putins und der russischen Machteliten übernommen, ohne diese kritisch zu hinterfragen. Und das, obwohl die Informationen für eine kritische Einordnung vor der Veröffentlichung des jeweiligen Films verfügbar gewesen seien, so die Journalistin und frühere Moskau-Korrespondentin Gesine Dornblüth. Sie gehörte der Seidel-Kommission des NDR an. „Besonders heikel wurden diese Filme dadurch, dass der Kreml sie ausführlich zur Selbstbespiegelung genutzt hat.“

„Bestechung durch Nähe“ ist einer der Tatbestände, auf den diese Studie umfangreich Licht werfen wird. Mit Blick auf 30 Jahren wissenschaftlicher Medien-Wirkungsforschung – insbesondere anhand der Nachrichten- und Magazinmotive der ÖRR – drängt sich der Verdacht auf, dass „Nähe“ zum systemimmanenten Problem der Anbieter geworden ist. Anders ist folgende Selbst-Einschätzung des langjährigen ZDF-Moderators Claus Klebers nicht zu verstehen: Vier Monate nach Ausbruch der Covid-Krise bestätigte er die Eindrücke vieler Deutschen – leider nicht vor laufender Kamera, sondern bei der Heraeus-Bildungsakademie im Sommer 2020: „Wir haben praktisch die Rolle eines

Pressesprechers oder Ministers eingenommen, der seiner Bevölkerung erklärt, warum diese Maßnahmen jetzt sein müssen. Das ist einfach nicht unser Job.“

Bis zum Sommer 2025 wurde im Aufsichtsgremien des ZDF, dem Fernsehrat, nicht ein einziges Mal über diesen Offenbarungseid des Journalismus gesprochen. Entsprechend wurden auch keine Konsequenzen gezogen. Dafür „interviewte“ der ZDF-F Fernsehrat am 16.09.2020 seine langjährige Vorsitzende unter dem Titel „Verlässliche Berichterstattung unter andauernden Corona-Bedingungen“. Die Nicht-Journalistin fasst die Nicht-Leistung des Senders wie folgt zusammen: „Nur so konnte und kann ein vielfältiges Programm und eine verlässliche Berichterstattung auch unter den andauernden Corona-Bedingungen gewährleistet werden. Gerade jetzt konnten die Menschen zu Recht erwarten, dass man mit dem Zweiten besser sieht.“ Link zum vollständigen Interview wenige Wochen nach Claus Klebers Schuldeingeständnis: [www.zdf.de/zdfunternehmen/gremien-fernseherrat-newsletter-102.html](http://www.zdf.de/zdfunternehmen/gremien-fernseherrat-newsletter-102.html). Es ist dieses Agieren der Aufsichtsgremien beim ÖRR, auf das die Verwaltungsgerichte als auch das Bundesverfassungsgericht von Beitragszahler seit Jahren verwiesen werden, wenn diese es nicht länger mit ihrem Gewissen vereinbaren können, Jahr für Jahr in Summe bis zu 10 Milliarden Euro einer staatlich geschützten Behörde zur Verfügung zu stellen, die nach Selbsterkenntnis ihrer Führungspersonen gezielt ihre vorgesehene Leistung nicht nur nicht erbringt, sondern zum Gegenteil übergeht – und sich dabei sicher sein kann, dass die vermeintlichen Aufsichtsgremien sie nicht zur Rede stellen werden.

Nicht erst seit der Correctiv-„Bericht“erstattung seitens des ÖRR 2023/2024 stellen sich Journalisten der Sender selbst – als auch Kollegen außerhalb – die Frage: Ab welchem Punkt wird Nähe auch in einer freiheitlichen Gesellschaft zur Gefahr? **Es besteht innerhalb und außerhalb der Sender der dringende Tat-Verdacht, dass die Redaktionen und Verantwortlichen der ÖRR ihren journalistischen Grundsätzen gezielt nicht nachkommen und durch die Kontrollgremien als auch Gerichte durch mangelhafte Beweisaufnahmeverfahren darin gestützt werden.** Ist dies der eigentliche Grund, warum der Bundestag der Aufforderung von mehr als 500 Wissenschaftlern nach einer Enquete-Kommission auch fünf Jahre nach Covid nicht nachkommt – obwohl diese in anderen Ländern längst eingeleitet sind und es dort nicht zu gesellschaftlichen Verwerfungen gekommen ist?

Anhand von drei partei-politisch unverdächtigen Themen wird auf Basis von umfassender Langzeit-Analysen zur Informations-Qualität beim ÖRR versucht, die Frage zu beantworten, ob „zu viel Nähe“ und nicht existente Aufsichtsmechanismen die system-immanenten Gründe dafür sind, dass über Jahrzehnte ARD, DLR und ZDF sich in ihrer Verweigerung, Informations-Qualität zu leisten, so sicher sein können.

### Untersuchungsbereich 1: Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland bei den ÖRR im Zeitraum 2010 bis 2025.

Ausgangspunkt für die Fragestellung war eine Umfrage unter Familien-Unternehmern in Deutschland, die unmittelbar vor der Bundestagswahl 2025 im Haus der Bundespressekonferenz vorgestellt wurde. In dieser antworteten 53 Prozent der 908 befragten deutschen Familien-Unternehmer, dass für sie das ZDF „wirtschaftsfeindlich“ ist. Immerhin noch 30 Prozent haben denselben

### 908 Familienunternehmen bewerten ZDF mit großem Abstand als wirtschaftsfeindlichsten Sender – ARD folgt auf Platz 2



An der Umfrage nahmen 908 Mitglieder von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER teil. Befragungszeitraum: 12.12.2024 –17.12.2024

Eindruck beim Betrachten der Wirtschaftsinformationen auf ARD. Nehmen die Verantwortlichen bei den ÖRR solche Erhebungen wahr? Und wenn ja: Welche strukturellen und inhaltlichen Änderungen haben sie für 2025 eingeleitet, damit sich dies nicht fortsetzt?

Zehn Milliarden Euro sind die Grundlage, auf der die Verantwortlichen bei ARD, DLR und ZDF jedes Jahr planen dürfen, wie sie die vier Funktions-Aufträge aus dem Medienstaatsvertrag erfüllen können. Summarisch gesprochen handelt es sich dabei um vier Grundsätze, die eingehalten werden müssen:

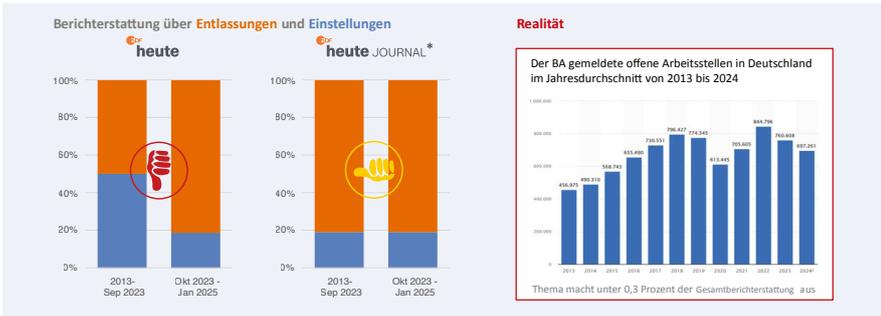
1. Vielfalt (also Pluralität der dargestellten Themen und Institutionen)
2. Integration (also eine Berichterstattung, die dem Verständnis der „anderen“ Seite dient)
3. Konvergenz (Sicherstellung, dass auf ARD, DLR und ZDF nicht das „Gleiche“ ausgestrahlt wird)
4. Vorbildlichkeit. (Vermittlung von Leuchtturm-Lösungen, an denen andere sich orientieren können)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ohne die Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Die in der Regel steigenden Steuereinnahmen basieren auf dem Verständnis Ludwig Erhards, dass konstruktiver Wettbewerb die Gesellschaft sich stetig weiter entwickeln lässt. Besonders relevant bei dieser Betrachtung ist seine Grundthese: „Wirtschaft besteht zu 50 Prozent aus Psychologie“. Volkswirte aller Denkschule bescheinigen der Wirtschaft deutscher Ausprägung eine besondere Rolle der privaten Konsumneigung. Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf versuchten zwei Parteien auf einen bedrohlichen Umstand hinzuweisen: Drei Jahre in Folge ohne Wirtschaftswachstum würde Deutschland in eine Situation führen, die enormen Kostenblöcke im Bereich Soziales, Gesundheit, Rente, Bildung nicht länger finanzieren zu können, wenn Firmen und Menschen mehr Einnahmen als Kosten haben.

**Doch die Daten der kontinuierlichen Medien-Wirkungsforschung zeigen, dass insbesondere bei ARD, DLR und ZDF ein Bild der deutschen Wirtschaft vermittelt wird, das der Wirklichkeit nicht entspricht.** Dabei verdient folgender Umstand besondere Beachtung: Durch das chronische Betonen von Arbeitsplatzverlusten, von Konkursen etc. wird den Deutschen eine wirtschaftliche Stimmung „eingeredet“, die sich weder mit der monatlich bemessenen Realität der deutschen Privat-Haushalte deckt, noch mit der Lage am Arbeitsmarkt oder bei den Firmengründungen (siehe Grafiken S. 6 oben).

Welche Wirkung haben diese Verzerrungen beim Publikum des ÖRR? Die schwäbische Kauffrau wird ihre Taler zusammenhalten und auf die geplante teure Urlaubsreise verzichten, den

## Beide ZDF-Redaktionen vermitteln den Eindruck, dass Entlassungen, den Unternehmensalltag abbilden – dabei boomt der Arbeitsmarkt



Basis: 1.285 Berichte über Protagonisten zum Thema Einstellungen oder Entlassungen; \*nicht alle Sendungen ausgewertet  
Quellen: Offene Stellen Deutschland bis 2024 | Statista

## Gegenüber Insolvenzen gibt es ein Vielfaches an Gründungen, Weder bei HEUTE noch im HEUTE JOURNAL ist dies abgebildet



Basis: 56.313 Berichte über Unternehmen und Branchen in ZDF heute, 70.301 Berichte in ZDF heute Journal; \*nicht alle Sendungen ausgewertet  
Quellen: Insolvenzen nach Jahren – Statistisches Bundesamt; Gründer in Deutschland bis 2023 | Statista

geplanten Neukauf eines Autos verschieben und die Enkel zu Weihnachten mit Selbst-Gebasteltem beglücken – statt des gewünschten neuen Mobilphones. Dabei weisen die Zahlen des Versicherers Allianz auf Rekorde der Privatvermögen. Jedoch: Nicht der Kontostand entscheidet über die private Konsum-Entscheidung, sondern das individuelle Gefühl. Und so lange ARD, DLR und ZDF in ihrer Nachrichten-Auswahl wirklichkeitsfremd ihren Fokus unverändert auf Pleiten, Pech und Pannen setzen, werden nicht nur im Schwabenland die Euros beieinander gehalten. In Italien verwies jüngst eine Doktorarbeit der Universität Florenz auf den Zusammenhang von chronisch negativer Nachrichten-Auswahl seitens der dortigen ARD mit der Entscheidung junger Paare, ihren Kinderwunsch nicht zu erfüllen. Über Forschungsergebnisse wie diese wird ähnlich intensiv berichtet wie über Firmengründungen oder Hidden Champions.

Berichte, die im gleichen Zeitraum die Perspektive der „Unternehmen“ einnahmen. Damit entsprechen die ÖRR in ihren Versuchen, die Wirtschaft abzubilden zwar der Besetzung ihrer Aufsichtsgremien – aber nicht der Realität in Deutschland. Aber weder die Verwaltungsgerichte noch das Bundesverfassungsgericht berücksichtigt diese Forschungsergebnisse in ihren Beweisnahmeverfahren – und das, obwohl ihr Kollege Prof. Dr. Ernst-Gottfried Mahrenholz, immerhin Vizepräsident in Karlsruhe, schon 1999 (sic) in der Publikation „Grundversorgung – Pflichten und Rechte“ auf diese chronischen Missstände, basierend auf einer durch die Bertelsmann-Stiftung initiierten Studie, hingewiesen hatte. Dabei legt §86 der Verwaltungsgerichtsordnung jedem Richter nahe, die Amtsermittlungsgrundsätze insbesondere mit Blick auf die Aufklärungspflichten ernst zu nehmen.

## HEUTE JOURNAL berichtet inzwischen zwar etwas häufiger über Wirtschaftsverbände – präferiert aber weiter Gewerkschaften



Basis: 3.149 Berichte über Gewerkschaften, 1.848 Berichte über Wirtschaftsverbände in deutschen Meinungsführer \*Medien; \*nicht alle Sendungen ausgewertet

Ein weiterer Befund der kontinuierlichen Medien-Wirkungsanalysen zeigt seit 1994 ein Phänomen, für das es eigentlich keine nachvollziehbare Erklärung gibt: Die beigegefügte Grafik belegt eine gezielte Entscheidung der meisten Arbeitnehmer in Deutschland, dass sie sich im Zweifel nicht den Gewerkschaften anschließen. Auf der rechten Seite sind für alle ablesbar die realen Mitgliedszahlen der Gewerkschaften zu erkennen (blaue Linie):

Die orange Linie zeigt, wie erfreulich sich in Deutschland die Lage der sozialversicherungspflichtigen Lohnverhältnisse entwickelt hat. Schon gleich nach dem Zweiten Weltkrieg waren dies 30 Mio. – aber nur 5 Mio. davon schlossen sich den Gewerkschaften (blaue Linie) an. Heute sind es 48 Mio. – aber der DGB verzeichnet unverändert nur 5 Mio. Mitglieder. Umso mehr Fragezeichen lösten die Vorschläge der Ampel-Regierung aus, die Staatsaufträge an die Tarifgebundenheit des Unternehmens verknüpfen wollte, das sich um den Auftrag bewirbt – anstatt für den Auftrag der öffentlichen Hand den sachlich besten Anbieter zu gewinnen.

Doch wie berichten ARD, DLR und ZDF: Das Wirtschaftsleben wird bevorzugt aus der Perspektive der Gewerkschaften vermittelt: Der starke blaue Balken zeigt all die Beiträge, die in den letzten Jahrzehnten mit Perspektive „Gewerkschaft“ ausgestrahlt wurden, der kleinere orange Balken visualisiert alle

Warum werden hier auf den Grafiken zwei Balken gezeigt? Seit 2023 bietet die wissenschaftlich unabhängig erhobene „ARD-DLR-ZDF Gremientischvorlage“ allen Verantwortlichen bei ARD, DLR und ZDF sowie in den Staatskanzleien und den Verwaltungsgerichten durch kondensierte Reports quasi einen ersten Vorschlag einer „Bilanz“, aus welcher Perspektive sie (in dieser Grafik das ZDF durch seine beiden großen TV-Nachrichtenformate HEUTE sowie HEUTE JOURNAL) ihr Publikum über die Lage der deutschen Wirtschaft informierten. Diese Gremientischvorlagen wurden mit Wissenschaftlern und erfahrenen Fernsehern sowie TV-Journalisten konzipiert, damit die Aufsichtsgremien der Sender eine

## Für HEUTE und HEUTE JOURNAL dominieren Gewerkschaften – trotz massiv rückläufiger Mitgliedszahlen



Basis: 1.068 Berichte über Gewerkschaften, 972 Berichte über Wirtschaftsverbände in deutschen Meinungsführer -Medien; \*nicht alle Sendungen ausgewertet

vorgenommen haben, um ihren Auflagen besser nach zu kommen. Selbst der ungeübte Blick erkennt sofort: Verbesserung sieht anders aus. Woran könnte dies liegen? Die Folgegrafik stellt den gleichen Befund, dass die Deutschen kein Volk von Gewerkschafts-Begeisterten sind, nun mit der Berichterstattung über Gewerkschaften vs. Wirtschaftsverbänden gegenüber:

**Obwohl die Deutschen – und damit natürlich auch die unfreiwilligen Beitragszahler von ARD, DLR und ZDF – sich in ihrem realen Leben in breiter Mehrheit GEGEN eine Mitgliedschaft in irgendeiner Gewerkschaft wenden, vermitteln ihnen die Journalisten bei ARD, DLR und ZDF das Wirtschaftsleben bevorzugt durch die Brille von VERDI, GDL oder IG-Metall. Das Pendant auf Seiten der Wirtschaftsverbände erhält nur eine Sichtbarkeit von bis zu 1:10. Auch diese Fehlberichterstattung wird seit 30 Jahren in wissenschaftlichen Publikationen offengelegt.** Dies wirkt sich natürlich auch inhaltlich aus: Über ordnungspolitische Konzepte berichten ARD, DLR und ZDF eher mit Widerwillen. Entsprechend schwer wird es der neue Wirtschaftsministerin Katherina Reiche gemacht, mit ihrer Programmatik das Wahlvolk zu erreichen.

Wirtschaft wird ja nicht allein an Themen wie Arbeitslosigkeit oder Firmengründungen vermittelt, sondern auch durch wirtschaftspolitische Konzepte. Insbesondere hier wird den Deutschen bevorzugt die Sicht der Gewerkschaften bzw. der SPD, Linken, Grünen vermittelt, die glühende Befürworter der sogenannten staatlich gesteuerten Industrie-Politik sind: **Liberaler oder der Union zugeneigte Zuschauer finden ihre Positionen immer nur unterhalb der Wahrnehmungsschwelle vermittelt. DAS sind die Gründe, warum die, die mit ihrem eigenen Geld für Arbeitsplätze eintreten, nicht einfach nur das Gefühl haben, die Realität in der Ökonomie könnte bei den öffentlich-rechtlichen Sendern besser dargestellt werden. NEIN: Sie sprechen in der Umfrage ausdrücklich von „wirtschaftsFEINDLICH“.** Um so grotesker wirkt die Berichterstattung auf Seiten der ARD, DLR und ZDF, die VOR der Bundestagswahl nahezu inquisitionsartig Unions- und FDP Politiker aufforderten, die Schuldenbremse aufzugeben – als sei das eine Aufgabe von Journalisten, um dann aber NACH der Wahl Friedrich Merz nicht etwa zu feiern, nachdem er – auch im Angesicht der Ereignisse im Weißen Haus zwischen Trump und Selenski – sich nun hinsichtlich potentieller Schulden-Aufnahme anders positionierte.

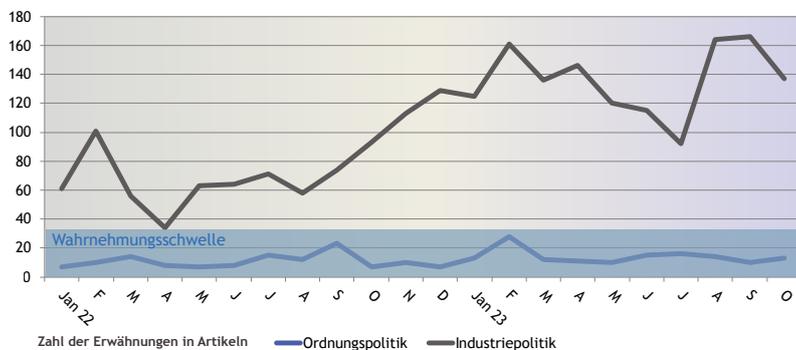
Womit wir bei dem zweiten und dritten Nachweis angekommen sind.

## 2. Informations-Qualität bei ARD, DLR und ZDF am Beispiel Religion und Werte.

Nicht nur in der Fasten- und Oster-Zeit ist für die 18.6 Mio. Protestanten und die 20.4 Mio. Katholiken sowie den Mitgliedern der vielen Freikirchen die Besinnung auf ihre Werte

## Konzepte der Wirtschaftspolitik Genios-Datenbank-Recherche

### Leitmedien befördern vor allem Industriepolitik - Ordnungspolitische Konzepte bleiben den Deutschen unsichtbar



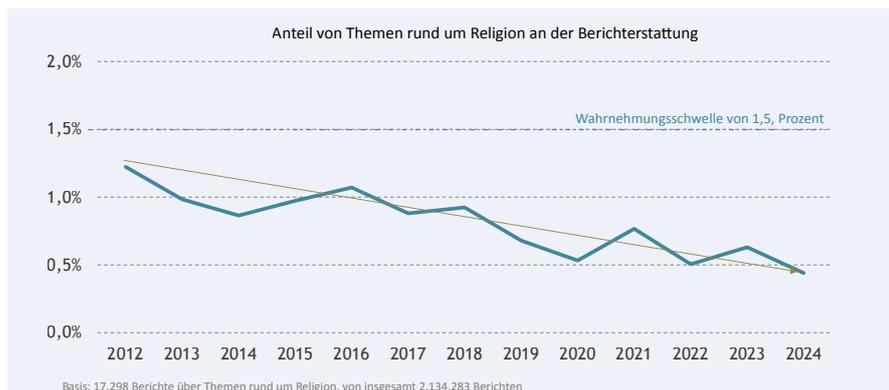
Trotz des 75. Jubiläums der Sozialen Marktwirtschaft im Juni 2023 ist in den ausgewerteten Leitmedien keine Renaissance des Themas Ordnungspolitik als Begriff zu erkennen. Stattdessen geht es weiter sehr stark um industriepolitische Konzepte.

Basis: Genios-Fundstellenrecherche: Ordnungspolitik vs. Industriepolitik; Welt, Handelsblatt, FAZ, Süddeutsche, Frankfurter Rundschau

Chance erhalten sollten, anhand von unabhängiger Forschung Fragen beantworten zu können, inwieweit die vier Funktionsaufträge durch die Sender geleistet werden – oder eben nicht. Der jeweils linke Balken veranschaulicht, dass hier am Beispiel des ZDF massiver Nachholbedarf schon im Jahr 2023 bestand. Der jeweils zweite Balken zeigt, ob die Redaktionen seit Einführung der ARD-DLR-ZDF Gremien-Tischvorlagen nun ihrerseits in den vergangenen 18 Monaten Veränderungen im Programm

halb der Wahrnehmungsschwelle vermittelt. **DAS sind die Gründe, warum die, die mit ihrem eigenen Geld für Arbeitsplätze eintreten, nicht einfach nur das Gefühl haben, die Realität in der Ökonomie könnte bei den öffentlich-rechtlichen Sendern besser dargestellt werden. NEIN: Sie sprechen in der Umfrage ausdrücklich von „wirtschaftsFEINDLICH“.** Um so grotesker wirkt die Berichterstattung auf Seiten der ARD, DLR und ZDF, die VOR der Bundestagswahl nahezu inquisitionsartig Unions- und FDP Politiker aufforderten, die Schuldenbremse aufzugeben – als sei das eine Aufgabe von Journalisten, um dann aber NACH der Wahl Friedrich Merz nicht etwa zu feiern, nachdem er – auch im Angesicht der Ereignisse im Weißen Haus zwischen Trump und Selenski – sich nun hinsichtlich potentieller Schulden-Aufnahme anders positionierte.

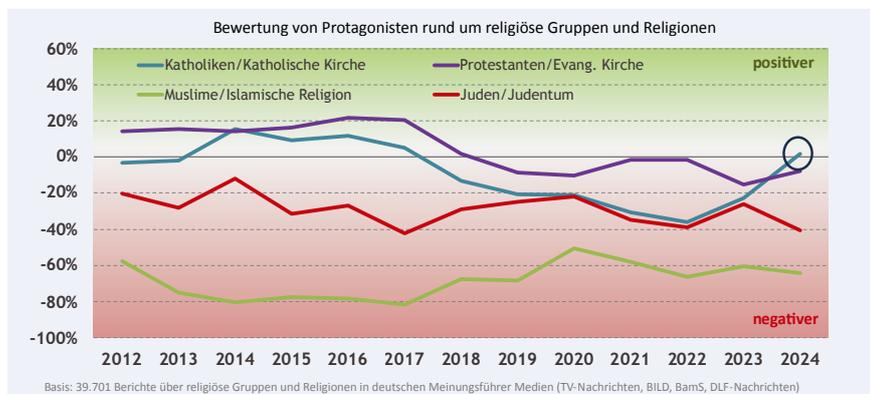
## Stellenwert von religiösen Themen seit 2012 deutlich gesunken



wichtig. 2025 lag für die Millionen Muslime Ramadan im gleichen Zeitraum. Die Zahl ist auch deshalb von Bedeutung, weil sie zufällig deutlich mehr ist, als die Menge der Beitragszahler, die Jahr für Jahr die 10 Mrd. Euro sicherstellen, mit denen der ÖRR seiner Arbeit nachgehen kann. Doch was sehen die Deutschen, für die Religion von Bedeutung ist, in „ihren“ Sendern?

**Für die Verantwortlichen in den Redaktionen bei ARD, DLR und ZDF, aber auch deren Aufsichtsgremien, spielt Religion im Prinzip keine Rolle mehr. Daran ändern auch keine Sondersendungen zum Papst-Begräbnis oder Neu-Wahlen etwas. Denn alles unter 1.5 Prozent des „Gesamt-Ausgestrahlten“ ist für das Publikum nicht wirklich wahrnehmbar.** Im Zeitraum von 01.01.2012 bis 31.12.2024 wurden bei ARD, DLR und ZDF insgesamt in deren hier untersuchten fünf Hauptnachrichten 2.134.283 Berichte ausgestrahlt, die für diesen Beitrag durch ausgebildete Analysten Thema für Thema, Region für Region

Warum werden Juden und Muslime durchgehend deutlich negativer dargestellt als Christen?



etc. anhand eines wissenschaftlichen Codebuchs ausgewertet wurden. Davon hatten nur 17.298 einen Bezug zu Religion. **Dabei würde das deutsche Gesundheits- und Pflegewesen ohne die Institutionen der Glaubensgemeinschaften nicht überleben. Ähnlich substantiell tragen diese zum Bildungs- und Kulturangebot in der Bundesrepublik bei.**

Welche Entscheide wurden wie begründet, gefällt und wann den Aufsichtsgremien vorgelegt, die sowieso schon geringe Berichtsintensität zum Thema Religion aus dem Jahr 2012 von 1.3 Prozent nun im Jahr 2024 auf unter 0.5 Prozent zu drücken? Oder „geschah“ dies einfach so, wie es einfach nur „passiert“, dass wirtschaftspolitische Konzepte, die auf den Grundlagen ordnungspolitischen Denkens basieren, beim ÖRR nahezu vollständig aus den Sendungen gestrichen werden – während wirtschaftspolitische Positionen, die eher denen der Gewerkschaften, SPD und Grünen entsprechen, stetig oberhalb der Wahrnehmungsschwelle „angeboten“ werden? Genau hier wird „Nähe“ nicht nur greifbar, sondern sie wirkt indirekt, manche Medienwirkungsforscher würden auch sagen: direkt, auf das Wahlverhalten des Souveräns. **Denn was nicht sichtbar ist, kann zunächst bei Umfragen und dann später alle vier Jahre bei einer Wahl auch nicht berücksichtigt werden.**

Als Herausgeber des seit 2001 publizierten „Annual Dialog Reports on Religion and Values“ und Veranstalter der „Unlearning Intolerance“ Masterclasses bei der UN fällt ein weiterer Trend auf: Nicht nur die Halbierung der Sendezeit für religionsbezogene Themen sticht ins Auge, der Grad an substantiellem Negativismus führt zu Folgefragen: **Wieso sind Menschen, für die Religion eine Bedeutung hat, derart kritischer darzustellen, als Menschen, die sich mit Kultur oder Sport beschäftigen?** In welchem Paragraphen der Verfassung findet diese Ansicht ihre Grundlage? Zählen für Mitarbeiter des ÖRR Meinungs- und Glaubensfreiheit nichts mehr? Wenn ja, wann wurde dies in welcher Redaktions-Sitzung beschlossen und den Aufsichtsgremien vorgelegt? Welche der 16 Staatskanzleien haben dem wann und aus welchen Gründen zugestimmt? Welche Gerichte haben diese seit Jahrzehnten offen zugänglich und unter anderem beim WEF in Davos diskutierten Daten in ihren Beweisaufnahme-Verfahren hinzugezogen, wenn sie über Beitragszahler glaubten urteilen zu können, die die Zahlungen einstellten, weil ihnen ihr Recht auf Information seitens des ÖRR vorenthalten wurde?

In Oxford erfasst das Reuters-Institut seit Jahren für die einzelnen Länder in Europa, welche Zuschauer sich wie vom jeweiligen Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender angesprochen fühlen. Für die Erhebung 2024 gaben die Befragten in Deutschland zu 40 Prozent an, dass sie ARD, DLR und ZDF nicht mehr anschauen, „weil ihnen die Angebote zu negativ“ seien. Weder Oxford noch das Reuters-Institut sind für Beweisaufnahmeverfahren deutscher Verwaltungsgerichte unerreichbar.

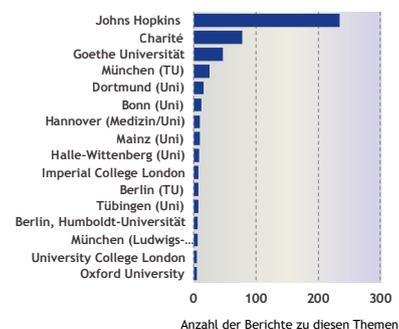
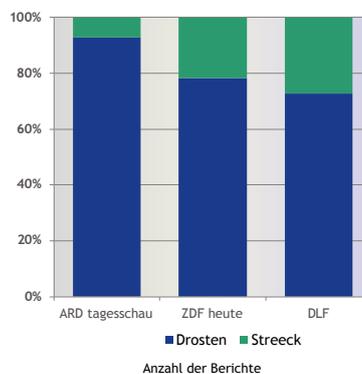
Ein letzter Befund sei zur Beurteilung des zweiten Untersuchungsbereichs zur Einschätzung angeboten: **Die katholische Kirche ist mit einem**

**Anteil von 26 Prozent weltweit unter allen Betreibern von Krankenhäusern die Nr. 1: Während der Corona-Krise waren deren Experten für das Publikum von ARD DLR und ZDF aber unsichtbar.**

Die für Vielfalt Bezahlten schienen bevorzugt die Telefonnummer von einem Experten zu kennen: Der blaue Teil des

Rundfunkratbrief Gesundheit - Vielfalt 1  
Stellenwert von ausgewählten Experten und Universitäten, 2020-2023 (bis 31.8.)

**Grund 2: Den Vielen wird bevorzugt EINE Sicht präsentiert**



Basis: linkes Chart: Anzahl der Berichte Christian Drost und Hendrik Streeck; rechtes Chart 566 Berichte über Hochschulen zu Gesundheitsthemen



Balkens illustriert, wie häufig die Deutschen die Interpretation der Covid-Daten aus Sicht von Prof. Christian Drosten zu sehen bekamen – der verschwindend kleine Anteil, grün visualisiert, wie selten die Beitragszahler die Position von Prof. Hendrik Streeck vermittelt erhielten.

Zusätzliche Perspektiven, die vielleicht nicht nur die Sicht von Virologen angesprochen hätten, wurden den Deutschen kaum angeboten. Drosten war – plump gesprochen – für den harten Lockdown, sein Bonner Kollege Streeck, der nun 2025 für die Union in den Bundestag eingezogen ist, eher für einen weichen Lockdown. **Diese Art der Verzerrung wissenschaftlicher Expertise trug und trägt ebenfalls nicht zum Funktionsauftrag Nr. 2 (s.o.) bei, dem ARD, DLR und ZDF unterliegen: sie haben der Integration im Land zu dienen und nicht Partikulärinteressen zu bedienen. Das gelingt nicht, wenn eine Sichtweise derart präferiert wird. Und die Kompetenz der Anbieter mit religiöser Sichtweise komplett vom veröffentlichten Diskurs ausgeschlossen scheinen.** Dass ausgerechnet das ZDF im Frühjahr 2025 nun mit Sonder-Sendungen zur Covid-Zeit versucht, sein von Kleber klar zum Ausdruck gebrachtes Versagen „aufzubereiten“, würde dann glaubhafter wirken, wenn im Zentrum dieser „Dokumentationen“ die eigene Rolle sauber angesprochen werden würde. Auch dafür zahlen die Beitragszahler – wurden aber erneut „enttäuscht“. Dass ausgerechnet dieser Sender gleichzeitig glaubt, den Betrugsvorwurf gegen Friedrich Merz zelebrieren zu müssen, hat schon perverse Züge.

Ich wurde im März 2020 – also gleich zu Beginn des Ausbruchs der Covid-Krise – in die Corona-Kommission von Papst berufen und hatte dadurch sofort Zugang den weltweiten Daten, die zur Beurteilung der Krise und der Gefahren nicht allein in Deutschland notwendig waren. Wöchentlich wurden Newsletter in zehn Sprachen publiziert, damit Journalisten, Krankenhaus-Betreiber sowie Verantwortliche in Altersheimen sich ein zusätzliches Bild eigenständig bilden konnten. Der Vatikan war auf die Arbeiten aufmerksam geworden, die das Forschungsinstitut zehn Jahre zuvor im Auftrag der EU zu den Medien-Wirkungen im Kontext von SARS1 in fünf Beitrittsländern mit internationalen Kollegen durchführte – unter anderem zur Frage, warum schon damals so wenig Menschen sich impfen liessen. ARD, DLR und ZDF hätten Zugang zu dieser Forschung haben können – sie war und ist seit über zehn Jahren öffentlich zugänglich.

Ähnlich beim wohl bewussten Versagen, die Realitäten einer Volkswirtschaft bzw. des betriebswirtschaftlichen Alltags zu spiegeln, sind ARD, DLR und ZDF vollständig in ihrer Rolle als „Pressesprecher« der Bundesregierung aufgegangen. Während dabei bislang auf alle an die Leitungsgremien der Sender gestellten Fragen nicht eingegangen wurde, kristallisieren sich mehr und mehr die durch die Fehlberichterstattung ausgelösten Folgeschäden heraus: Dem physischen Lockdown folgte aufgrund der willkürlich bestimmten einseitigen Berichtsintensität über den nie dagewesenen Zeitraum von drei Jahren der mentale Lockdown. Die Wahrnehmungsschwelle definiert sich anhand der gesamthaft ausgestrahlten Beiträge in einem vorgegebenen Zeitraum, egal ob eine Woche, ein Monat, ein Jahr oder wie hier im Beispiel über die Periode von drei Jahren: Die ungefähre Menge der auszustrahlenden Beiträge ist das Sendeformat von ca. 15 Minuten. **Um ein Gefühl davon zu erhalten, welche Berichtsintensität jegliches Thema haben muss, damit die Deutschen beginnen, sich darüber auszutauschen, muss das Thema eine Schwelle von 1.5 Prozent aller ausgestrahlten Beiträge überschreiten. Themen wie Bildung 0.5 Prozent, Rente 0.02 Prozent oder Bürokratie-Abbau 0.007 Prozent laufen daher nie Gefahr, zum dominierenden Thema der Gesellschaft zu werden, weil weder ARD noch DLR oder das ZDF ihnen die notwendige Aufmerksamkeit widmen, damit Meinungsforscher wie die Forschungsgruppe Wahlen diese Themen überhaupt in ihren monatlichen Umfragen messen könnten.** Bei Covid war dies naturgemäß ganz anders, wie die Grafik ausweist: jeden Tag werden seit August 1994 durch ausgebildete Analysten die Hauptnachrichten-Formate von ARD, DLR und ZDF-Beitrag für Beitrag ausgewertet und nach Thema, regionalem Bezug, Institution, Personen etc. ausgewertet. Seit Analysebeginn vor mehr als 30 Jahren wurde nie ein derart anhaltender Wert weit oberhalb der 1.5 Prozent Marke wie bei der Covid-Berichterstattung gemessen. **Alein dies hat natürlich einen Einfluss auf die Volkspsyche – über den bis heute kaum einer zu reden bereit ist.**

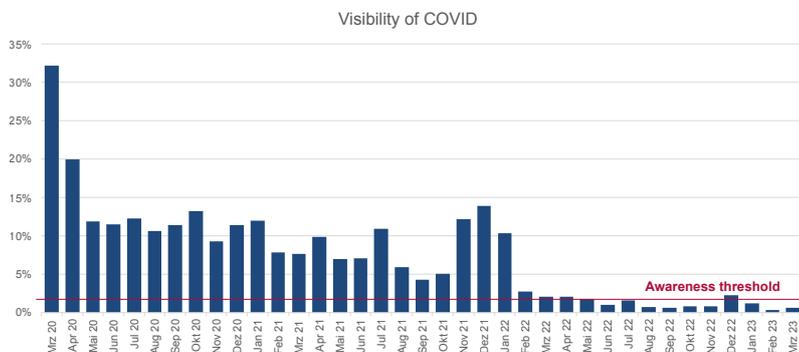
**Aber wenn diese Extrem-Berichterstattung – die im Übrigen von anderen öffentlich-rechtlichen Sendern in anderen Ländern anders gehandhabt wurde – dann auch noch so derart einseitig vermittelt wurde, wie von Claus Kleber eingestanden: Wer kommt für die Nebenwirkungen auf? Wer ist bereit, sich mit diesen überhaupt professionell zu beschäftigen? Denn unverändert spielen ARD und ZDF eine quasi monopolistische Rolle, wenn es darum geht, wo die Deutschen sich in Sachen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft informieren: 73 Prozent der Deutschen gaben im Freiheits-Index 2024 an, ihre Informationen über Politik, Gesellschaft, Wirtschaft etc. bevorzugt über die Informations-Angebote der ARD, DLR und ZDF zu konsumieren (Freiheits-Index 2024).**

Wer ist bereit, sich mit diesen überhaupt professionell zu beschäftigen? Denn unverändert spielen ARD und ZDF eine quasi monopolistische Rolle, wenn es darum geht, wo die Deutschen sich in Sachen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft informieren: 73 Prozent der Deutschen gaben im Freiheits-Index 2024 an, ihre Informationen über Politik, Gesellschaft, Wirtschaft etc. bevorzugt über die Informations-Angebote der ARD, DLR und ZDF zu konsumieren (Freiheits-Index 2024).

**Themenkomplex 3: Vermittlung von Politik**  
Enden wir mit dem dritten Thema: Welches Bild der Demokratie wird den Beitragszahlern geboten? **Wer sich bei Heute, Heute Journal, Tagesschau und Tagesthemen über Politik ein Bild machen möchte, erhält folgenden Eindruck: Volksvertreter machen nahezu alles falsch.** Denn der Durchschnittswert, mit dem die öffentlich-rechtlichen Sender seit über 30 Jahren über die Mandatsträger von Freien Demokraten über Grüne, Linke, AfD bis hin zu

Chart of the Week

### Covid-Berichts-Intensität führt zu mentalem Lockdown



Am 22.3.2020 wurden die ersten Lockdown Massnahmen ergriffen. Die TV-Nachrichten weltweit blieben fast 2 Jahre 10 mit einem Faktor von 8 oberhalb der Wahrnehmungsschwelle. Einmalig seit Gründung von Media Tenor. Mit Folgen für das Freiheitsempfinden der Bürger.



Sozial-Demokraten und der Union „berichten“ liegt bei minus 40 Prozent. Das Negative dominiert auch hier, wie in der vermeintlichen Realität, wenn der ÖRR über Religionsgemeinschaften glaubt zu informieren.

Zum Negativismus kommen dann weitere Faktoren: **Politik wird bevorzugt aus der Perspektive der Bundeshauptstadt vermittelt. Brüssel bzw. Strasbourg und damit die EU bzw. das europäische Parlament, wo mehr als 70 Prozent aller für Deutschland relevanten Gesetze diskutiert und beschlossen werden, erhalten nur einen Hauch an Sichtbarkeit – verglichen mit dem Bundestag. Mit der gleichen Ignoranz werden die Bundesländer in der ersten Reihe behandelt, obwohl die Bundesrepublik ein föderal verfasster Staat ist.** Und die hochgelobte Kommune taucht im Zweifel dann auf, wenn gegen einen Oberbürgermeister in Zusammenhang mit Verbrechen zu berichten ist. Wann und wo wurden diese Gewichtungen beschlossen? Welchem Landtag sind diese Schwerpunkt-Setzungen bekannt?

Dieser Artikel könnte das chronische Fehl-Berichten genauso auf den Feldern Bildung, Wissenschaft, Sport, Kultur, Religion, Ost-Deutschland, EU, Ausland etc. offenlegen. Die längst publizierten ARD, DLR, ZDF-Gremien-Tischvorlagen zu diesen Themen liegen nicht nur den Redaktionen und Aufsichtsgremien der Sender vor, sie sind allen Beitragszahlern unter [www.mediatenor.de/Bibliothek](http://www.mediatenor.de/Bibliothek) seit Jahren zugänglich.

**Spannender erscheint die Frage: Und jetzt? Anfang 2025 gründeten Wissenschaftler, Journalisten, Politiker und Unternehmer den gemeinnützigen Verein für Informations-Qualität. Ziel: gemeinsame Hearings, Musterklagen und Publikationen, um die Standards in Sachen Informations-Qualität transparent zu machen und Verbesserungs-Vorschläge – nicht nur aus Deutschland – bekannt zu machen.**

Denn unstrittig ist: ARD, DLR und ZDF können Gross-Ereignisse. Alle vier Jahre wissen sie ihr Publikum schon im Vorfeld von Fussball-Europa bzw. Weltmeisterschaften in Vorfreude zu stimmen. Selbst Bundesgartenschauen wussten sie in Szene zu setzen. Warum gelingt das nicht beim eigentlichen Auftrag, für den sie Jahr für Jahr zehn Milliarden von Menschen einziehen, die sie noch nicht einmal pro Jahr über die Leistungs(nicht)erbringung in Kenntnis setzen? **Warum müssen Kanzler-Duelle, Trielle und nun Quartelle in einer Art durchgeführt werden, als handele es sich um Strafgerichts-Prozesse? Warum wurde aus den katastrophalen Übergriffen aus der Wahlkampf-Fehlberichterstattung nicht gelernt, in der dem Kandidaten der Union lauter Fragen vorgelegt wurden, die seine potentiellen Wählergruppen kaum interessieren?** Warum wurde die damalige manipulative Fehlbesetzung von Fernseh-Publikum 2025 wiederholt – und warum sind die dafür Verantwortlichen noch immer in ihrem nicht schlecht bezahlten Amt? Und „last but not least“: Wie kommt es eigentlich, dass nahezu alle Schlüsselpositionen in diesen Sendern von SPD-Parteimitgliedern besetzt sind? Wer hat dies entschieden? Könnte es sein, dass das chronische Fehlberichten über FDP-Umfragewerte auch damit begründet werden könnte, dass kein Ressortleiter, kein Chefredakteur oder gar Intendant ein Mitglied dieser Partei ist?

Als Journalist in der fünften Generation ist mir bewusst, dass wir eine von der Verfassung bestätigte herausragende Funktion haben. Das wurde mir aber auch als besondere Verpflichtung an unseren Berufsstand vermittelt. Diese Verantwortungen sind alle im aktuellen Medienstaatsvertrag korrekt aufgeführt. Wer dies leistet, ist bei ARD, DLR und ZDF am richtigen Ort. Wer nicht, sollte gehen, ehe Gerichte dies für die Sender umsetzen. Denn von den Sendern selber ist seit Jahrzehnten keinerlei Einsicht oder zumindest Aufsichtskompetenz zu erkennen.

Die 39 Millionen Beitragszahler sowie die knapp fünf Millionen zur Beitragszahlung verpflichteten Firmen erhalten – seit Jahrzehnten – keine Rechenschaft darüber, ob die ÖRR dieser Verpflichtung auch tatsächlich nachgekommen sind. Einmalig für Deutschland und die dem Rechtsstaat zugrunde liegende Sorgfaltspflicht mutet an, dass sie seit Jahrzehnten keinerlei „Bilanzen“ vorlegen müssen, um ihren Auftraggebern den Nachweis ihrer Leistung zu bieten. Dies ist weder mit dem Grundsatz des ehrbaren Kaufmanns noch mit der berühmten schwäbischen Hausfrau in Einklang zu bringen.

Umso erfreulicher, dass per 23.05.2024 der sechste Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig sich auf die Seite einer solchen Hausfrau aus Bayern stellte und höchstrichterlich bestätigte, was eigentlich eine juristische Selbstverständlichkeit ist: **Allen Beitragszahlern steht ein Informations-Recht zu – woraus sich automatisch die Informations-Pflicht auf Seiten der drei Sender und all ihrer Tochtergesellschaften ergibt. Nicht allein für alle Medien-Verantwortlichen im Bundestag und vor allem ihren Kollegen in den Landtagsfraktionen ergibt sich daraus unmittelbarer Handlungsbedarf. Zumal ausreichende Forschungsergebnisse vieler Universitäten und anderer unabhängiger Forschungsinstitute seit Jahrzehnten Daten vorlegen, die eine massive und vor allem chronische Missachtung der vier Funktionsaufträge vermuten lassen.** Und: Die seit 2023 zugänglichen Publikationen der wöchentlichen ARD-DLR-ZDF Gremien-Tischvorlagen erhärten den Verdacht, dass es sich hier um system-immanentes Versagen aller Hierarchie-Gruppen in den Sendern sowie ihrer Kontroll-Organen handelt. Insbesondere die Richter an den Verwaltungsgerichten hatten seit Jahrzehnten Gelegenheit, ihre positivistische Sicht auf potentielle Kontroll-Optionen zu korrigieren: Helmut Markwort diente Jahrzehnte nicht nur den Aufsichtsgremien seines Burda Verlags, ohne sich dadurch in seinen journalistischen Freiheiten begrenzt zu fühlen. Er diente aber gleichzeitig als Fernsehrat des Bayerischen Rundfunks, der als Institution Klagegegner im Verfahren ist, das am 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts verhandelt wird. In dieser Verantwortung als Repräsentant aller Beitragszahler im Einzugsgebiet des BR wurden ihm vom Sender nicht einmal Daten seitens des Senders zur Verfügung gestellt, die ihn in den Stand versetzt hätten, qualitativ und quantitativ zu ermitteln, ob der BR die vier Funktions-Aufträge Vielfalt, Konvergenz, Integration und Vorbild erfüllt – oder eben nicht. Und dies, obwohl er mehrfach danach gefragt hatte. Die ARD-DLR-ZDF Gremien-Tischvorlagen waren ihm bekannt – aber vom Sender wurden ihm diese nicht bereitgestellt – auch nichts im Ansatz Vergleichbares. Mit dieser Erfahrung steht Markwort nicht allein. Aber zusätzlich hatte der langjährige Alterspräsident des Bayerischen Landtages dem BR angeboten, den Verantwortlichen vergleichbare Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die er seitens seines eigenen Verlags jeweils im Vorfeld der Aufsichtsratssitzungen zur Verfügung gestellt bekam. Aber auch daran hatten die Verantwortlichen seitens des BR kein Interesse. Als dies ist kein Insider-Wissen. **Über die chronische Nicht-Beachtung von Programm-Beschwerden seitens Beitragszahler gibt es umfangreiche Literatur.** Schon allein aus diesem Grund ist es wichtig, dass auch die zuständigen Richter in die Prozesse zur Verbesserung der Informationspflicht seitens der Sender einbezogen werden.

Ein weiterer Tatbestand fällt ins Gewicht: Im Rahmen ihres TV-Formats hatte die Neue Osnabrücker Zeitung am 20.01.2024 den Vorsitzenden der ARD-Intendanten, Kai Gniffke, zu einer Diskussion über den Freiheits-Index eingeladen unter dem Titel: „Wie grün sind ARD und ZDF?“. Dort bestätigte Gniffke auf Nachfrage, dass allein in Sachsen über 300.000 Beitragszahler

ihrer Pflicht nicht nachkommen. Er sei mit diesen „im Gespräch“. Ferner gab er zu, dass diese beachtliche Zahl aber kleiner sei, als die Nicht-Zahler im Westen. **Bei den sogenannten „Antennengemeinschaften“ in Sachsen handelt es sich um 300.000 oder mehr, die aus inhaltlichen Gründen seit Jahren die Zahlung der Beiträge verweigern. Eigentlich müssten diese alle verklagt werden – dieses wird aber nicht realisiert.** Über die Gründe kann spekuliert werden: einer dürfte sein, dass diese lieber ins Gefängnis gehen als Geld für etwas zu zahlen, was sie nicht erhalten. Sie würden allerdings den Gang in den Kerker nicht lautlos antreten, sodass wohl befürchtet wird, dass aus den 300.000 in Sachsen schnell 500.000 und mehr werden. Spätestens dann wäre eine Situation im Bereich der Beitragszahler erreicht, die bei der Wehrpflicht dazu geführt hatte, dass diese „ausgesetzt“ wurde – weil zu viele schlicht nicht mehr den Wehrdienst leisteten und sich daraus eine Situation der Ungleichbehandlung ergab.

**Aus diesem Grunde und allen weiteren oben genannten Gründen werden daher hier fünf Vorschläge zur Diskussion gestellt, die noch 2025 die Leistung und Wahrnehmung des ÖRR grundlegend verbessern könnten und ihn wieder zu einem Leuchtturm für repräsentative Demokratie werden lassen:**

- 1) Warum folgen die Verantwortlichen bei ARD, DLR und ZDF nicht dem Beispiel ihrer Kollegen des rbb? Im Nachgang zu rufmordartigen „Berichten“ über einen grünen Mandatsträger haben Chefredakteur und Programmdirektorin die Konsequenzen gezogen und ermöglichen einen Neuanfang. Dies entspricht ganz und gar dem Geist, mit dem die Chefredakteure von ARD und ZDF die Elefantenrunde am 23.02.2025 moderierten und dem Chef der FDP nahelegten, Konsequenzen aus dem Votum des Volkes zu ziehen. 40 Prozent der Deutschen haben sich von ARD, DLR und ZDF abgewandt, weil das Angebot zu negativ ist. Zu NAH an Positionen, die maximal einen Teil der Bevölkerungsmeinungen abbilden. Da bei ARD, DLR und ZDF diese Nähe nicht allein durch Chefredaktionen systemimmanent ist, sollten sich selbstverständlich auch die Intendanten und Ressortleiter sowie die für die Personalpolitik Verantwortlichen solch einem Neuanfang nicht versperren.
- 2) Wenn der Bundestag und die Länderparlamente der Ort der repräsentativen Demokratie sind, dann würde ein jährlicher inhaltlicher Leistungsbericht zur Erfüllung der vier Funktionsaufträge – vielleicht nicht allein in den jeweiligen Kultur- und Medienausschüssen – massiv dazu beitragen, das Vertrauen in die Sender und deren Aufsichtsgremien zu stärken: Wer leistet welchen Beitrag, damit das Informationsrecht, das der 6. Senat allen Beitragszahlern am 23.05.2024 zugestanden hat, auf Dauer mit Leben gefüllt wird?

- 3) Zu diesen Anhörungen könnten die Richter der Verwaltungsgerichte sowie der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts eingeladen werden, die über Verfahren von Beitragszahlern entscheiden – oder es könnten separat wissenschaftliche Kolloquien für die Richter durchgeführt werden.
- 4) Entsprechendes ist für die Ministerpräsidenten-Konferenzen denkbar, die sich mit den Themen des ÖRR befassen.
- 5) Der ÖRR zieht sich sofort aus allen Angeboten zurück, in denen er – ohne Mandat – journalistische Formate aus Beitragsgeldern bespielt, die von anderen Anbietern abgedeckt sind.

Eingangs wurde auf die jüngste Ehrung Joachim Gaucks durch den EAK verwiesen. Bei der Preisverleihung rief Gauck allen ins Gedächtnis: „Du musst wollen, was Du können möchtest“. Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages wie auch als Richter des Bundesverfassungsgerichts kann das Wollen nicht in Frage gestellt werden, wenn es darum geht, den Souverän der Bundesrepublik Deutschland endlich (wieder?) mit den Informationen auszustatten, die diesem ein unabhängiges eigenes Urteil ermöglichen.

**Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben es in ihrer Hand, sich einmal pro Jahr berichten zu lassen, ob die öffentlich-rechtlichen Sender tatsächlich das leisten, wofür die Beitragszahler sie fürstlich entlohnen. Und die Richter in Karlsruhe haben es in ihrer Hand, Beweisaufnahmeverfahren einzuleiten, die ihrem Namen gerecht werden.**



*Roland Schatz*

Roland Schatz ist Journalist in fünfter Generation und Herausgeber des Freiheits-Index. Er ist Gründer und geschäftsführender Chefredakteur des Instituts für Medienwirkungs-Forschung Media Tenor International mit Sitz in der Schweiz. 1993 wurde diese Forschung durch Wissenschaftler wie Wolfgang Donsbach, Hans-Mattias Kepplinger, Elisabeth Noelle-Neumann oder Hartmut Schiedermaier, Politiker wie Wolfgang Bergsdorf, Peter Glotz oder Gesine Schwan sowie Journalisten wie Peter Boenisch oder Peter Schiwy gegründet. Media Tenor bietet seit Jahrzehnten im Auftrag des tschechischen Parlaments Studien zur Gewährleistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Tschechien, ähnliche Hilfestellungen werden auch in UK und Südafrika geleistet. Von 2012–2013 war er Berater des EZB Präsidenten Mario Draghi, von 2013–2019 des UN-General-Direktors Michael Moller, von 2020–2022 der Chefin des Climate-Investment Funds.

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





# Wie hältst du's mit der Kirche?

Dr. Michael Franz

Die 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) wurde 2022 von Forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH – erhoben. Damit wird eine Tradition fortgesetzt, die 1972 mit der ersten KMU begründet wurde. Es ist eine systematische Erkundung der gesellschaftlichen Lage der Kirche mit sozialwissenschaftswissenschaftlichen Methoden.

Neu ist bei der 6. KMU, dass sie – entgegen ihrem Titel – repräsentativ für die in Privathaushalten lebenden Menschen in Deutschland ab dem 14. Lebensjahr ist, sich also gerade nicht auf die Mitglieder beschränkt, die in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) organisiert sind. Unter den 5.282 Befragten sind also erstmals in der 50jährigen Geschichte der KMU nicht nur Evangelische und Konfessionslose enthalten, sondern auch Katholiken und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften. Auch die Deutsche Bischofskonferenz hat erstmalig mitgewirkt.

Ende 2023 erschien ein rund 100 Seiten starkes Buch „Wie hältst du's mit der Kirche? Zur Bedeutung der Kirche in der Gesellschaft. Erste Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung“ (im Folgenden: Erste Ergebnisse). In ihrem Geleitwort stellen die damalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Annette Kurschus, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bischof Dr. Georg Bätzing, als Schlussfolgerung fest:

- „ - Nicht nur die Kirchenbindung geht deutlich zurück, sondern auch die Religiosität.
- Die Kirchen stehen vor multiplen Krisen und sehen sich großen Reformervorstellungen ausgesetzt.
- Katholische erwarten nichts anderes von ihrer Kirche als Evangelische, aber der Reformdruck auf die katholische Kirche ist größer.

- Nicht den Anschluss an den kulturellen Wandel zu verlieren, für die jüngsten Generationen attraktiv zu bleiben und nicht nur gesellschaftlich gut etablierte Menschen anzusprechen, sind zentrale Herausforderungen.
- Die Kirchen spielen eine wichtige zivilgesellschaftliche Rolle und stärken die Demokratie“ (Erste Ergebnisse, S. 6).“

Die Ergebnisse der 6. KMU wurden auch in den Sozialen Medien in ansprechenden Beiträgen eingespielt.

Seit Beginn des Jahres 2025 ist das knapp 700 Seiten starke Buch „Wie hältst du's mit der Kirche? Zur Relevanz von Religion und Kirche in der pluralen Gesellschaft. Analysen zur 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung“ (im Folgenden: Analysen), auf dem Markt. Die Redaktion besorgte Dr. Edgar Wunder, wissenschaftlicher Referent am Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD in Hannover.

696 Seiten mit 36 Kapiteln sind eine schwere, aber lohnende Kost. Gleichwohl: Wunder serviert als Aperitif „redaktionelle Collagen von prägnanten Zitaten aus den Kapiteln“ auf 25 Seiten, der einen gelungenen Überblick gibt.

Die wichtigsten Aussagen aus der 6. KMU sind (im Folgenden nach Analysen): **Stichwort konfessionelle Verbundenheit, Kirchengaustritt, Konfessionswechsel:** Kirchengaustritte führen fast ausschließlich in die Konfessionslosigkeit. Oft wird gesagt, dass die Freikirchen oder andere Religionsgemeinschaften davon profitieren. Nach der 6. KMU stimmt das nicht (S. 13).

**Stichwort Vertrauen:** Das Vertrauen in religiöse Institutionen geht einher („korreliert signifikant positiv“) mit einem Vertrauen in säkulare Institutionen (S. 98).

**Stichwort Kirchensteuer:** Hohe Ablehnung hat die Kirchensteuer bei denjenigen, die sie nicht zahlen, also bei denen, die keiner Religionsgemeinschaft – mehr – angehören. Diejenigen, die viel Kirchensteuer zahlen, sind teilweise deutlich weniger kritisch der Kirchensteuer gegenüber eingestellt (S. 120).

**Stichwort Unterschiede zwischen Evangelischen und Katholischen:** Sieht man von Praktiken spezifisch konfessioneller Prägung ab (z. B. Pilgerfahrten), sind heute Unterschiede zwischen evangelischen und katholischen Kirchenmitgliedern weitgehend verschwunden (S. 142).

**Stichwort Intensität der Religiosität:** Eine hohe Religiosität schreiben sich nur 13 Prozent der Befragten zu (S. 17). Der Aussage „Gott gab sich in Jesus Christus zu erkennen“ stimmen im Westen 20 Prozent zu. Im Osten sind es 12 Prozent (S. 195). Aber: Von den evangelischen Kirchenmitgliedern stimmen im Osten 39 Prozent der Aussage zu, dass Gott sich in Jesus Christus zu erkennen gab. Im Westen sind es 27 Prozent (S. 198).

**Stichwort sozialstrukturelle Ungleichheiten:** Die erste KMU aus dem Jahre 1972 stellte fest, dass eine höhere Schulbildung mit geringerer die Religiosität und Kirchenbindung einhergeht. Das lässt sich heute nicht mehr feststellen. Gleichwohl zeigt sich auch heute, dass sich Menschen mit einem hohen sozialen Status stark in Kirche engagieren und umgekehrt (S. 244f).

**Stichwort Mitentscheiden:** Der Forderung „Die Führungspersonen der Kirchen sollten durch die Kirchenmitglieder demokratisch gewählt werden können“ stimmen 90 Prozent der Befragten zu (S. 315).

**Stichwort religiöse Sozialisation in Kindheit und Jugend:** Die Teilnahme von jungen Menschen an kirchlichen Angeboten, vor allem an dem Kindergottesdienst, „immunisiert“ zwar nicht vor einem Kirchenaustritt, aber lässt ihn sehr viel unwahrscheinlicher werden. Bei den Faktoren, die die Entwicklung von Einstellungen zu religiösen Fragen am stärksten geprägt haben, nennen die Evangelischen als wichtigsten Faktor die Konfirmation ganz, ganz vorne, dann die Mutter, mit größerem Abstand den Reli-Unterricht in der Schule und den Vater (S. 364).

**Stichwort Kasualien:** Über den Zeitraum von 50 Jahre KMU ist die Taufe sehr beliebt: 80 Prozent Zustimmung. Und damit ist sie die beliebteste Form der Kasualien, wobei der Aspekt der Familienfeier immer stärker in den Vordergrund tritt (S. 26, S. 412).

**Stichwort Kirchenmusik:** 55 Prozent der Befragten geben an, dass sie Kirchenmusik als inspirierend empfinden, ihr gerne zuhören und sie von ihr berührt sind. Immerhin behaupten dies auch 43 Prozent der Konfessionslosen (S. 433).

**Stichwort Populismus:** Innerhalb der Gruppen der religiösen Menschen ist der Anteil der Populisten mit 13 Prozent am niedrigsten, bei den Konfessionslosen ist der Anteil doppelt so hoch (S. 584).

**Stichwort Klimawandel:** Wörtlich heißt es: „Die Effekte religionsbezogener Variablen sind in den Daten der 6. KMU hier praktisch irrelevant.“ Das heißt, aus den Antworten zu Fragen des Klimawandels lässt es nicht auf die Kirchenmitgliedschaft oder Religiosität schließen (S. 33).

Was folgt nun daraus? Aus der Fülle der Schlussfolgerungen sei die Taufe herausgegriffen. Die Taufe ist nach wie vor ein

kirchliches Ereignis, dass eine hohe Akzeptanz hat. Gleichwohl wird die Empfehlung vorgestellt: „Gleichzeitig gilt es, Möglichkeiten zu prüfen, auch ohne (Kinder-)Taufe am kirchlichen Leben teilzuhaben“ (Erste Ergebnisse, S. 66). Was soll das? Evangelische Gottesdienste in Deutschland sind öffentliche Veranstaltungen. Zutritt zu den Veranstaltungen des Deutschen Evangelischen Kirchentages erhält man ohne Vorlage des Taufscheins. Dort können alle teilhaben. Die hier gemeinte Teilhabe am kirchlichen Leben ist also mehr. Kirche ist aber nicht irgendeine Organisation, in der es eine „Schnuppermitgliedschaft“ gibt. So lautet Artikel 33 Absatz 2 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland: „Durch die Taufe werden die Getauften zu Gliedern am Leibe Christi berufen und wird ihre Mitgliedschaft in der Kirche begründet.“ Dieser Prüfauftrag passt zur Diagnose, „dass sich Kirchen als Organisation kaum über ihren Markenkern des Religiösen thematisieren können“ (Erste Ergebnisse, 2023, S. 66). Über „Markenkerne“ mögen Betriebe sprechen, die in einer gewissen Beliebigkeit Produkte nach den Kundenwünschen anbieten. Für Kirche gelten, oder besser: sollten andere Maßstäbe gelten.

Eine aktuelle Frage ist: Läuft die Evangelische Kirche Gefahr, zu einer Non-governmental organisation, zu einer NGO, zu werden, wenn sie sich zu tagesaktuellen Themen äußert und austauschbar in ihren Äußerungen wird? Soll sie sich auf religiöse Fragen beschränken? Dem stimmt die Mehrheit der Konfessionslosen zu, aber nur 37 Prozent der religiösen Evangelischen (eher) zu (Analysen, S. 108). Ja, Kirche soll politisch sein, so die Mehrheit der Evangelischen und der Katholischen (ebenda). Aber wie? Präsentiert werden drei Themen des politischen Engagements: Einsatz für Geflüchtete (Analysen, S. 109), Beratungsstellen für Menschen mit Lebensproblemen (Analysen, S. 110) und Unterhaltung von Kindertageseinrichtungen (Analysen, S. 112). Bei den „religiösen Evangelischen“ standen die Beratungsstellen ganz vorne, gefolgt von den Kindertageseinrichtungen. Deutlich am Schluss: der Einsatz für Geflüchtete. Dies zeigt exemplarisch: Politisches Engagement wird dann am stärksten vom engagierten Kirchenvolk geschätzt, wenn Kirche als Akteur, im diakonischen Engagement, auftritt. Und nicht als eine von vielen Stimmen mit NGO-Qualität im gesellschaftlichen Diskurs. Diakonie (Röm 12,7) ist Wesens- und Lebensäußerung der Kirche. Auf einer Skala von 7 („sehr großes Vertrauen“) bis 1 („gar kein Vertrauen“) erhält Diakonie und Caritas den Wert 4,2, die Evangelische Kirche den Wert 3,3 und die Katholische Kirche den Wert 2,3 in den Augen der Gesamtbevölkerung (Erste Ergebnisse, S. 40f). Schade, dass dies im Geleitwort der Spitzen von EKD und DBK nicht zum Ausdruck kommt.

*„Läuft die Evangelische Kirche Gefahr, zu einer NGO zu werden, wenn sie sich zu tagesaktuellen Themen äußert und austauschbar in ihren Äußerungen wird?“*



*Dr. rer. pol. Michael Franz*

ist Beisitzer im EAK-Bundesvorstand, Leitender Ministerialrat a. D. und stellvertretender Vorsitzender der EAK-Grundsatzkommission sowie Vorsitzender des Fachausschusses für Diakonie des Evangelischen Kirchenkreisverbandes An der Saar.

# Rückblick auf die 55. EAK-Bundestagung in Hannover (Teil 1)

Neuwahl des EAK-Bundesvorstandes – Thomas Rachel erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt

**T**homas Rachel, der auch Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist, wurde mit 96,4 % der Stimmen im Amt des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) wiedergewählt.

Thomas Rachel hatte auf der 55. EAK-Bundestagung in der Heinz von Heiden-Arena in Hannover, die unter dem Thema „Verantwortete Freiheit in schwierigen Zeiten“ stand, deutlich gemacht: „Das Christentum war immer politisch. Als Christen sind wir aufgefordert, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Überall dort, wo die Kirchen auf der Grundlage ihrer eigenen Botschaft des Evangeliums zu den grundlegenden ethischen Fragen der Würde des Menschen Stellung nehmen und den Schwachen Gesicht und Stimme geben, haben sie eine große, gesellschaftspolitische Relevanz und sie finden Gehör. Das Interesse am Evangelium und an den christlichen Werten ist auch außerhalb der Kirchenmitglieder in unserer Gesellschaft weiterhin sehr hoch. Dort wo die politische Dimension von Kirche unmittelbarer Ausfluss der Evangeliums-Verkündigung ist, wirkt sie befruchtend, inspirierend und ist wirksam. Sie erreicht Menschen weit

über die Mitgliedschaft hinaus. Weil die Botschaft genuin ist. Nur die Kirchen können sie sagen. Wenn diese Botschaft aber nur als weitere Stimme mit spezifischen Empfehlungen in der Tagespolitik wahrgenommen wird, dann machen sich die Kirchen

selber klein. Dann verlieren sie ihre Authentizität, die sie gerade von allen anderen Organisationen unterscheidet, und damit ihre einzigartige Wirkkraft.“

Als stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende wurden die ehemalige Thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, David Müller (Baden-Württemberg), Dr. Burkhard Budde (Niedersachsen), Henning Aretz, sowie die Bayerische Landtagsabgeordnete und EAK-Landesvorsitzende, Barbara Becker MdL, gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: Sandra Gockel MdL (Sachsen), Hanna-Lena Perneck (Niedersachsen), Dr. Michael Franz (Saarland), Hans-Jürgen Hopf (Bayern), Christoph Wafenschmidt (Berlin-Brandenburg), Prof. Dr. Wolfgang Merbach (Sachsen-Anhalt), Katja Knoche (NRW), Dr. Maximilian Willner (Hamburg), Sigrid Grönert MdBB (Bremen), Staatssekretärin Sabine Kurtz MdL (Baden-Württemberg), Anette Röttger MdL (Schleswig-Holstein), Friedemann Schwarzmeier (Rheinland-Pfalz), Johannes Selle (Thüringen), Tobias Utter MdL (Hessen), Helga Schuhmann-Weßollek (NRW) und Frieder Weinhold (Mecklenburg-Vorpommern).

## Altlandespräsident Joachim Gauck mit der „Hermann-Ehlers-Medaille“ des EAK geehrt

Im Rahmen eines Festaktes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) wurde auf der 55. EAK-Bundestagung in Hannover die „Hermann-Ehlers-Medaille“ des EAK an Altlandespräsident Joachim Gauck verliehen. Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB, würdigte Gauck als große und bedeutende Persönlichkeit der deutschen Zeitgeschichte und bezeichnete ihn mit den Worten des verstorbenen Bundestagspräsidenten, Dr. Wolfgang Schäuble, als ein „Glücksfall für unser Land“.



# Großer Kirchentagsempfang (39. DEKT) Hannover, 30. April 2025

## Verantwortete Freiheit in schwierigen Zeiten Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“ an Alt-Bundespräsidenten Joachim Gauck



„Wir wollen dem menschenzugewandten und wortgewandten Theologen Dank sagen“, so Rachel, der auch als Staatsmann immer Theologe geblieben sei. Gauck habe stets das rechte Wort zur rechten Zeit gefunden und mutig nach außen vertreten. „Das ist gute Politik im Geiste Luthers.“

Der EAK sieht zum Wirken Gaucks „eine Verbundenheit in Geist und Haltung.“ Der Mensch stand und steht immer im Mittelpunkt seines Handelns – wie bei CDU, CSU und EAK. Die Verantwortung vor Gott und den Menschen leitete und leitet ihn. Rachel betonte das gemeinsame Ringen nach den besten Lösungsansätzen: „Statt Partikularinteresse das Ganze sehen – darum geht es heute.“

Rachel dankte des Weiteren für Gaucks Beitrag zur Friedlichen Revolution in der DDR und seine spätere Arbeit als Beauftragter für die Opfer des SED-Systems, den „Ohnmächtigen eine Stimme“.

### Gauck: Wir brauchen Hoffnung, Nüchternheit und Mut

„Drei Hauptmotive für politisches Wirken sollen uns leiten: Hoffnung, Nüchternheit und Mut“, sagt Gauck in seinem Dank. Das gelte für den Menschen und für die Politik. „Wagemutiger zu hoffen – das ist eine Frucht des Glaubens.“ Vertrauen hänge nicht allein von irdischen Dingen ab. Vertrauen könne man auch nicht lehren, sehr wohl aber davon erzählen.

Gauck ermutigte zu mehr Vertrauen in die Kirchen – auch seitens der Union. Aus einer Minderheit in der DDR heraus hätte die Kirche eine sehr starke Position erlangt. Viele Menschen hätten sich zur Kirche hingezogen gefühlt. Denn: „Es gehen auch in einer Minderheitsposition von uns Kräfte aus, die wir nicht unterschätzen dürfen.“

Für Erfolg aber brauche es Konsequenz, Konstanz und Anpassungsfähigkeit. Es brauche den Mut, gegen Widerstände aufzustehen und durchzuhalten. „Was modern ist, kann auch schnell altern“, so Gauck. Die Ostpolitik der SPD nannte er als Beispiel. Diese war am Anfang erfolgreich und brachte den Menschen in der DDR Erleichterungen. Später wäre die Regierungspolitik der SPD aber von Wunschenken geprägt gewesen.

An die CDU und den künftigen Kanzler Merz richtete Gauck auch große Erwartungen: „Zu einer Politik des ‚C‘ gehöre auch, die Gabe des Erkennens und Analysierens wichtig zu nehmen.“ Man werde als Partner wahrgenommen, wenn man sich im Stande zeige, die Werte, die man vertritt, auch robust zu vertreten.

Das heiße aus christlicher Sicht: Das Böse muss man ernst nehmen. Und das heiße aus politischer Sicht: Ein Staat muss stark und wehrhaft sein. „Wer nur seiner Furcht folgt, endet in der Niederlage.“

Gauck mahnte schließlich einen ernsten und ehrlichen Umgang mit Sorgen und Nöten der Menschen an. „Ich möchte sie einladen auch für diejenigen Menschen einladende Politik zu machen, die Schwierigkeiten mit dem Wandel haben. Wir dürfen nicht von unserer eigenen Angst eingefangen werden. Wir müssen uns vielmehr klar machen, was zum eigenen Gelingen beitragen kann.“ Unsere demokratische Gesellschaft biete alle Freiheit dazu, die eigenen Ideen zu vertreten und für die eigenen Ziele einzutreten. Was es dafür braucht? „Mut“, sagte Gauck.

Jens-Uwe Kerl

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

### Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz,  
Barbara Becker, Dr. Burkhard Budde,  
Christine Lieberknecht, David Müller

### Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

### Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

### Autoren

Thomas Rachel MdB  
Roland Schatz  
Dr. Michael Franz  
Jens-Uwe Kerl  
Christian Meißner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

### Fotonachweis

Titelbild © epd-bild/Thomas Lohnes  
S. 2 © Tobias Koch  
S. 3 © epd-bild/Jens Schulze  
S. 12 © EKD  
S. 14 + 15 © EAK/Jens Schicke  
S. 16 © EAK/Meißner

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –  
nur mit Genehmigung der Redaktion und  
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-  
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-  
zeichnete Beiträge stellen die Meinung  
des Verfassers dar, nicht unbedingt die  
der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer  
facebook-Seite!



# Meditation



*„Singet dem  
Herrn ein  
neues Lied“*

*(Psalm 98)*

Wie kaum eine andere Macht in unserem Leben vermag es gerade die Musik, tiefe Emotionen in uns auszulösen und uns in beglückende Bewusstseinszustände zu führen, die uns weit über das Alltägliche hinaus und gewissermaßen zu Höherem erheben können.

Wir sollten uns deshalb immer wieder an die ursprüngliche, die göttliche Bestimmung der Musik erinnern. Von ihr singt der Psalmbeter: „Jauchzet dem Herrn alle Welt, singet, rühmet und lobet!“ (Psalm 98,4)

Überall dort, wo Menschen durch die Musik in diesem Geiste der versöhnenden Liebeskraft Gottes zusammenkommen und sich miteinander verbinden und verbunden fühlen, schafft diese Gottesgabe ihr segensvolles Werk an uns Menschen.

Erinnern wir uns aber auch an die Gebete, Lieder und Lichterketten der Friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR oder an die „singende Revolution“ im Baltikum, die als friedlicher und gewaltloser Protest am Ende zur staatlichen Unabhängigkeit führte. Oder erinnern wir uns an das „We shall overcome“ Martin Luther Kings und der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Auch sie zeugen von der brückenbauenden Kraft der Musik.

Gesang und Musik, die gegen alle Ängste, Nöte und Bedrängnisse im Hier und Jetzt in unbeirrbarer und mächtiger Weise die Hoffnung auf eine bessere Zukunft im Morgen auszudrücken vermögen!

„Singet dem Herrn ein neues Lied, denn er tut Wunder“ (Ps. 98,1). Das ist gewisslich wahr! Und das ist so aktuell wie nie zuvor!

**Pastor Christian Meißner,**  
EAK-Bundesgeschäftsführer